

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Mittwoch, 16.12.2020

Ort: Stadthalle Braunschweig, Großer Saal, St. Leonhard 14, 38102 Braunschweig-
Stadthalle Braunschweig, Großer Saal, St. Leonhard 14, 38102 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16:15 Uhr

Ratsmitglieder: (in Klammern verhindert)

Herr Bader
Herr Bley
Herr Dr. Blöcker
Herr Böttcher
Herr Bratmann
Herr Bratschke
Frau Buchholz
(Herr Prof. Dr. Dr. Büchs)
(Herr Disterheft)
Herr Dobberphul
Herr Edelmann
Frau Dr. E. Flake
Herr F. Flake
Herr Graffstedt
Frau Gries
Herr M.Hahn
Frau S. Hahn
Frau Hannebohn
Herr Hinrichs
Frau vom Hofe
Frau Ihbe
Frau Jalyschko
Frau Jaschinski-Gaus
Frau Johannes
Frau Kaphammel
Frau Keller
Herr Köster

Herr Kühn
Herr Lehmann
Herr Manlik
Herr Merfort
Herr Möller
Herr Dr. Mühlnickel
Herr Dr. Müller
Frau Mundlos
(Frau Naber)
Frau Ohnesorge
Frau Palm
Herr Rosenbaum
Herr Schatta
Herr Scherf
Frau Schneider
(Herr Scholze)
Herr Schrader
Frau Schütze
Frau Seiffert
Herr Sommerfeld
Herr Türkmen
Herr Dr. Vollbrecht
Herr Weber
Herr Wendroth
Herr Wendt
Frau Willimzig-Wilke
Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Dr. Kornblum
Stadtbaurat Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Arbogast
Dezernent Leppa
Stadtrat Herlitschke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2020 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Änderungsantrag zu Ds. 20-13807: Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt
Antrag der BIBS-Fraktion | 20-14349 |
| 4.1.1 | Änderungsantrag zu Ds. 20-13807: Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion | 20-14849 |
| 4.2 | Freies W-LAN in allen Wohnstandorten für Geflüchtete
Antrag der Fraktion Die Linke. | 20-14403 |
| 4.2.1 | Freies W-LAN in allen Wohnstandorten für Geflüchtete - siehe auch Stellungnahme zu DS 20-14412
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14403-01 |
| 4.3 | Kostenloses WLAN in den Wohnstandorten für Geflüchtete
Antrag der SPD-Fraktion | 20-14412 |
| 4.3.1 | Kostenloses WLAN in den Wohnstandorten für Geflüchtete
Änderungsantrag zur Vorlage 20-14412
Änderungsantrag der AfD-Fraktion | 20-14412-02 |
| 4.3.2 | Kostenloses WLAN in den Wohnstandorten für sog. Geflüchtete
Änderungsantrag zur Vorlage 20-14412-02
Änderungsantrag der AfD-Fraktion | 14412-02-01 |
| 4.3.3 | Kostenloses WLAN in den Wohnstandorten für Geflüchtete - siehe auch Stellungnahme zu DS 20-14403
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14412-01 |
| 4.4 | Terminbuchung bei der Ausländerbehörde Braunschweig
Antrag der Fraktion Die Linke. | 20-14636 |
| 4.4.1 | Terminbuchung bei der Ausländerbehörde Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14636-01 |
| 4.5 | Modellprojekt: Bordell in Selbstverwaltung
Antrag der Gruppe Die Fraktion P ² | 20-14684 |
| 4.6 | Bitte um Befassung des Stadtbezirksrates 332 Schunteraue: Anregung zur Teilumbenennung der Boeselagerstraße im Bereich der Landesaufnahmebehörde in "Christoph-Schlingensief-Straße"
Antrag der Gruppe Die Fraktion P ² | 20-14766 |
| 4.6.1 | Bitte um Befassung des Stadtbezirksrates 332 Schunteraue: Anregung zur Teilumbenennung der Boeselagerstraße im Bereich der Landesaufnahmebehörde in "Christoph-Schlingensief-Straße"
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14766-01 |
| 4.7 | Prüfantrag: Grundstück für Tiny House-Siedlung in Braunschweig
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., BIBS, und der Gruppe Die Fraktion P ² | 20-14826 |

4.8	Resolution zur Zwischenlager-Standortsuche für die radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse II Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	20-14892
4.9	Rechtsnationale und antisemitische Botschaften in Versammlungen Antrag der BIBS-Fraktion	20-14940
5	Verlegung der Bezirksgeschäftsstelle Ost	20-14628
6	Abberufung eines Prüfers im Rechnungsprüfungsamt	20-14633
7	Abberufung eines Prüfers im Rechnungsprüfungsamt	20-14635
8	Kommunalwahl 2021; Anzahl und Abgrenzung der Gemeindevahlbereiche	20-14713
9	Erste Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Feuerwehr Braunschweig	20-13879
10	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	20-14645
11	Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14764
12	Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14808
12.1	Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14808-01
13	Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14905
13.1	Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14905-01
14	Haushaltsoptimierung: Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten Beendigung des Pilotprojekts zur Erprobung der Verringerung bzw. Abschaffung der Schließzeiten (Ds. 17-05824)	20-14373
14.1	Haushaltsoptimierung: Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten Beendigung des Pilotprojekts zur Erprobung der Verringerung bzw. Abschaffung der Schließzeiten (Ds. 17-05824) Änderungsantrag zur Vorlage 20-14373 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	20-14373-01
15	Haushaltsoptimierung: Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten Beendigung des Pilotprojekts zur Erprobung der Ausweitung der Öffnungszeiten (Ds. 17-05824)	20-14374
16	Festsetzung von Teilnehmerentgelten für die geplanten Ferienfrei-	20-14612

zeiten des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie in den Oster-, Sommer- und Herbstferien 2021, in den Weihnachtsferien 2021/2022 sowie für die Familienfreizeit 2021

17	Neue Entgelte Ferien in Braunschweig (FiBS)	20-14613
18	Abschluss eines Änderungsvertrages mit dem Förderverein Deutsche Müllerschule e. V.	20-14796
19	Umsetzungskonzept Netzwerk "Zukunft Innenstadt"	20-14708
20	Erste Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)	20-14634
21	Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke Satzungsbeschluss	20-13869
21.1	Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke Satzungsbeschluss	20-13869-01
21.2	Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke Satzungsbeschluss	20-13869-02
21.3	Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke Satzungsbeschluss Änderungsantrag zur Vorlage 20-13869-01 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	13869-01-01
21.4	Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke Satzungsbeschluss Stellungnahme der Verwaltung	13869-01-03
22	E-Bus-Konzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG)	20-14711
22.1	Änderungsantrag zu 20-14711: E-Bus-Konzept ökologisch effizienter machen Änderungsantrag der FDP-Fraktion	20-14953
22.2	Änderungsantrag zu 20-14711: E-Bus-Konzept ökologisch effizienter machen Stellungnahme der Verwaltung	20-14953-01
23	Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Festlegung der Ölschieferlagerstätten im Großraum Braunschweig als Vorranggebiete Rohstoffsicherung	20-14845
23.1	Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Festlegung der Ölschieferlagerstätten im Großraum Braunschweig als	20-14845-01

Vorranggebiete Rohstoffsicherung
Mitteilung der Verwaltung

24	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Mehlkamp und Heinenkamp" in der Stadt Braunschweig (NSG BR 164)	20-14671
25	Anträge - Fortsetzung weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 der Geschäftsordnung	
25.1	BuT-Leistungen leichter zugänglich machen Antrag der Fraktion Die Linke.	20-14666
25.1.1	Änderungsantrag zum Antrag 20-14666: BuT Leistungen leichter zugänglich machen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	20-14869
25.1.2	Änderungsantrag zu den Anträgen "BuT-Leistungen leichter zugänglich machen" 20-14666 und 20-14869 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.	20-14954
25.1.3	BuT-Leistungen leichter zugänglich machen Stellungnahme der Verwaltung	20-14666-01
25.1.4	BuT-Leistungen leichter zugänglich machen Stellungnahme der Verwaltung	20-14666-02
25.1.5	Änderungsantrag zum Antrag 20-14666: BuT Leistungen leichter zugänglich machen Stellungnahme der Verwaltung	20-14869-01
25.2	Erstes Pilotprojekt Veloroute Ost-West: Von Orient zu Oxident Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	20-14848
25.2.1	Erstes Pilotprojekt Veloroute Ost-West: Von Orient zu Oxident Stellungnahme der Verwaltung	20-14848-01
26	Anfragen	
26.1	Geplantes Corona-Impfzentrum in Braunschweig Anfrage der SPD-Fraktion	20-14939
26.1.1	Geplantes Corona-Impfzentrum in Braunschweig	20-14939-01
26.2	Leerstand von Wohnraum - Alles nur Einzelfälle? Anfrage der Fraktion Die Linke.	20-14933
26.2.1	Leerstand von Wohnraum - Alles nur Einzelfälle?	20-14933-01
26.3	Baulasten der Stadt zu Gunsten der Ansiedlung eines Spielcasinos / Entertainment-Centers an der Berliner Straße Anfrage der BIBS-Fraktion	20-14938
26.3.1	Baulasten der Stadt zu Gunsten der Ansiedlung eines Spielcasinos/ Entertainment-Centers an der Berliner Straße	20-14938-01
26.4	Dringlichkeitsanfrage: Erneuter AfD Landesparteitag in Braunschweig Warum wird für riesigen Infektionsherd kein behördliches Hygienekonzept erlassen? Dringlichkeitsanfrage der Fraktion Die Linke.	20-14957
26.4.1	Dringlichkeitsanfrage: Erneuter AfD Landesparteitag in Braunschweig Warum wird für riesigen Infektionsherd kein behördliches Hygiene-	20-14957-01

konzept erlassen?

Nichtöffentlicher Teil:

- 27 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 28 Mitteilungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er weist darauf hin, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.3: Kostenloses WLAN in Wohnstandorten für Geflüchtete:
Änderungsanträge 20-14412-02 und 14412-02-01
- Zu TOP 13: Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG:
Vorlage 20-14905-01
- Zu TOP 21: Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke Satzungsbeschluss:
Vorlagen 20-13869-01, 20-13869-02,
Änderungsantrag 13869-01-01 und Stellungnahme 13869-01-03
- Zu TOP 22.1: E-Bus-Konzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG):
Änderungsantrag 20-14953 und Stellungnahme 20-14953-01
- Zu TOP 23: Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Festlegung von Ölschieferlagerstätten:
Mitteilung 20-14845-01
- Zu TOP 25.1: BuT-Leistungen leichter zugänglich machen:
Änderungsantrag 20-14954

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu den Anträgen 20-14403 und 20-14412 zum Thema „Freies WLAN in Wohnstandorten für Geflüchtete“ unter TOP 4.2 und 4.3 gleichlautende Beschlussempfehlungen vorliegen und schlägt vor, zu diesen Anträgen eine gemeinsame Aussprache zu führen. Er schlägt außerdem vor, die Anfrage 20-14939 – geplantes Corona-Impfzentrum in Braunschweig- unter TOP 26.1 vorzuziehen und zusammen mit der Vorlage 20-14905 unter TOP 13 zu beantworten.

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass der Antrag 20-14940 - Rechtsnationale und antisemitische Botschaften in Versammlungen - unter TOP 4.9 vom Antragsteller zurückgezogen wurde und die Beratung daher entfällt. Er erklärt weiter, dass die Vorlagen und der Änderungsantrag unter TOP 21 und der Antrag unter TOP 25.2 bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt werden und die Beratung in dieser Sitzung ebenfalls entfällt.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die vorliegende Dringlichkeitsanfrage 20-14957 - Dringlichkeitsanfrage: Erneuter AfD Landesparteitag in Braunschweig Warum wird für riesigen Infektionsherd kein behördliches Hygienekonzept erlassen?“ - hin. Die Dringlichkeit wird von Ratsherrn Sommerfeld begründet. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei Gegenstimmen und Enthaltungen anerkannt wird. Die Dringlichkeitsanfrage 20-14957 wird unter TOP 26.4 in die Tagesordnung eingefügt.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt weiter, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur TOP 28 – Mitteilungen vorgesehen ist und schriftliche nichtöffentliche Mitteilungen bisher nicht vorliegen, so dass die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren. Er lässt anschließend über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:20 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2020

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 17.11.2020 wird einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge

- 4.1. Änderungsantrag zu Ds. 20-13807: Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt** **20-14349**
Antrag der BIBS-Fraktion

- 4.1.1. Änderungsantrag zu Ds. 20-13807: Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt** **20-14849**
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass der Antrag 20-14349 durch den Änderungsantrag 20-14849 ersetzt wird. Ratsherr Rosenbaum bringt den Änderungsantrag 20-14849 ein, begründet diesen und erklärt am Ende seines Redebeitrags, dass er den Antrag zurückzieht.

Ergebnis:

Der Änderungsantrag 20-14849 wird vom Antragsteller zurückgezogen.

- 4.2. Freies W-LAN in allen Wohnstandorten für Geflüchtete** **20-14403**
Antrag der Fraktion Die Linke.

- 4.2.1. Freies W-LAN in allen Wohnstandorten für Geflüchtete - siehe auch Stellungnahme zu DS 20-14412** **20-14403-01**
Stellungnahme der Verwaltung

- 4.3. Kostenloses WLAN in den Wohnstandorten für Geflüchtete** **20-14412**
Antrag der SPD-Fraktion

- 4.3.1. Kostenloses WLAN in den Wohnstandorten für Geflüchtete** **20-14412-02**
Änderungsantrag zur Vorlage 20-14412
Änderungsantrag der AfD-Fraktion

- 4.3.2. Kostenloses WLAN in den Wohnstandorten für sog. Geflüchtete** **14412-02-01**
Änderungsantrag zur Vorlage 20-14412-02
Änderungsantrag der AfD-Fraktion

- 4.3.3. Kostenloses WLAN in den Wohnstandorten für Geflüchtete - siehe auch Stellungnahme zu DS 20-14403** **20-14412-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Es findet eine gemeinsame Aussprache der Anträge zum Thema „WLAN in Wohnstandorten für Geflüchtete“ unter den Tagesordnungspunkten 4.2 und 4.3 statt. Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass zur Beratung der Antrag 20-14403 mit der Stellungnahme 20-14403-01 und der Antrag 20-14412 mit der Stellungnahme 20-14412-01 sowie den Änderungsanträgen 20-14412-02 und 14412-02-01 vorliegen. Er weist darauf hin, dass zu den Anträgen vom Verwaltungsausschuss eine jeweils gleichlautende geänderte Beschlussfassung empfohlen wird. Der Antrag 20-14403 wird von Ratsfrau Ohnesorge eingebracht und begründet. Die Änderungsanträge 20-14412-02 und 14412-02-01 werden von Ratsherrn Wirtz eingebracht und begründet. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst gemeinsam über die Änderungsanträge 20-14412-02 und 14412-02-01 abstimmen. Danach stellt er die Anträge 20-14403 und 20-14412 in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsanträge 20-14412-02 und 14412-02-01:

Der Beschlusstext wird durch folgende Formulierung ersetzt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, alle Braunschweiger Wohnstandorte für sog. Geflüchtete mit WLAN auszustatten; jeder Bewohner erhält Zugang bis zur Höhe der im Hartz4-Regel-satz anerkannten Kosten. Darüber hinausgehende Kosten übernehmen jeweils die Nutzer.

Diese Maßnahme bleibt in Kraft, bis das Ende der pandemischen Lage eingetreten ist.“

Abstimmungsergebnis (gemeinsame Abstimmung):

bei fünf Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zu Antrag 20-14403 (geändert) und Antrag 20-14412 (geändert):

Alle Wohnstandorte für Geflüchtete werden mit kostenlosem WLAN ausgestattet. Die Stellungnahmen der Verwaltung (DS 20-14403-01 und DS 20-14412-01) werden Teil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

bei fünf Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-14403-01 wird zur Kenntnis genommen.

Die Stellungnahme 20-14412-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Terminbuchung bei der Ausländerbehörde Braunschweig 20-14636 Antrag der Fraktion Die Linke.

4.4.1. Terminbuchung bei der Ausländerbehörde Braunschweig 20-14636-01 Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu dem Antrag vorliegende Stellungnahme 20-14636-01 hin. Der Antrag 20-14636 wird von Ratsfrau Schneider eingebracht und begründet. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig bittet die Verwaltung, für die Ausländerbehörde eine Terminbuchung sowohl per Internet als auch telefonisch zu ermöglichen, analog der Terminbuchung bei der Stelle "Allgemeine Bürgerangelegenheiten".

Bei der Gestaltung der Internetseite soll eine leichte Bedienbarkeit auch für Menschen mit noch geringen Deutsch-Kenntnissen berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und Enthaltungen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-14636-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.5. Modellprojekt: Bordell in Selbstverwaltung 20-14684 Antrag der Gruppe Die Fraktion P²

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu Ziff. 2 des Beschlusstextes eine geänderte Beschlussempfehlung vorliegt. Ratsherr Hahn bringt den Antrag ein, begründet diesen und bittet um getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte. Nach der Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt Ziff. 1, Ziff.2 in geänderter Fassung und Ziff. 3 des Antrages 20-14684 getrennt zur Abstimmung.

Beschluss (Ziff. 2. geändert):

1.) Die Verwaltung wird gebeten, den Aufbau eines Bordells bzw. bordellartigen Betriebes in einer stadteigenen Räumlichkeit zu initiieren, welches in Selbstverwaltung von Sexarbeitenden geführt werden soll.

2.) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen „Runden Tisch Sexarbeit“ ins Leben

rufen, an dem zukünftig alle relevanten Beteiligten mitreden können. Die Verwaltung möge klarstellen, wer relevanter Beteiligter des Runden Tisches sein sollte.

3.) Außerdem wird geprüft, ob Braunschweig die im Dortmunder Modell (Stadt Dortmund, Beschluss Verwaltungsvorstand, 19.03.2002) aufgeführten Maßnahmen adaptieren kann, auch um illegale Sexarbeit sowie diverse damit einhergehende Straftaten (wie Menschenhandel, organisierte Kriminalität usw.) auf kommunaler Ebene zurückzudrängen. [1]
Die notwendigen Mittel sind im Haushalt bereitzustellen.
Über den Fortgang wird halbjährlich im Ausschuss für Soziales und Gesundheit unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

Ziff. 1: bei zwei Fürstimmen und einer Enthaltung abgelehnt

Ziff. 2: bei zwei Enthaltungen beschlossen

Ziff. 3: bei zwei Fürstimmen und einer Enthaltung abgelehnt

- 4.6. Bitte um Befassung des Stadtbezirksrates 332 Schunteraue: Anregung zur Teilumbenennung der Boeselagerstraße im Bereich der Landesaufnahmebehörde in "Christoph-Schlingensief-Straße" 20-14766**
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²

- 4.6.1. Bitte um Befassung des Stadtbezirksrates 332 Schunteraue: Anregung zur Teilumbenennung der Boeselagerstraße im Bereich der Landesaufnahmebehörde in "Christoph-Schlingensief-Straße" 20-14766-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu dem Antrag vorliegende Stellungnahme 20-14766-01 hin. Ratsherr Hahn bringt den Antrag 20-14766 ein und begründet diesen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat bittet den Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue um die Befassung mit einer Umbenennung des Teilstückes der Straße Boeselagerstraße an der Landesaufnahmebehörde in „Christoph-Schlingensief-Straße“.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Fürstimmen und wenigen Enthaltungen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-14766-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 4.7. Prüfantrag: Grundstück für Tiny House-Siedlung in Braunschweig 20-14826**
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., BIBS, und der Gruppe Die Fraktion P²

Der Antrag 20-14826 wird von Ratsfrau Schneider eingebracht und begründet. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

1. Die Stadt Braunschweig unterstützt die Realisierung einer Tiny House-Siedlung in Braunschweig.

2. Die Verwaltung überprüft, welche Grundstücke in Braunschweig für eine zeitnahe Realisierung einer Tiny House-Siedlung geeignet sind.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen beschlossen

- 4.8. Resolution zur Zwischenlager-Standortsuche für die radioaktiven 20-14892**

Abfälle aus der Schachtanlage Asse II
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass der Verwaltungsausschuss empfiehlt, den Antrag 20-14892 zur Beratung in den Planungs- und Umweltausschuss zu verweisen. Anschließend lässt er über die Verweisung des Antrages abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 20-14892 wird zur Beratung an den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis zum Verweisungsbeschluss:

einstimmig beschlossen

4.9. Rechtsnationale und antisemitische Botschaften in Versammlungen **20-14940**
Antrag der BIBS-Fraktion

Ergebnis:

Der Antrag 20-14940 wurde vom Antragsteller zurückgezogen. Die Beratung entfällt.

5. Verlegung der Bezirksgeschäftsstelle Ost **20-14628**

Beschluss:

Die Bezirksgeschäftsstelle Ost wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt von ihrem derzeitigen Standort in Volkmarode, Am Remenhof 15, nach Querum, Volkmaroder Straße 8 („Triacon Park“) verlegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Abberufung eines Prüfers im Rechnungsprüfungsamt **20-14633**

Beschluss:

Der Beschäftigte Michael Bielig wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - als Prüfer beim Rechnungsprüfungsamt abberufen.

Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Abberufung eines Prüfers im Rechnungsprüfungsamt **20-14635**

Beschluss:

Der Stadtamtsrat Norbert Schober wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - als Prüfer beim Rechnungsprüfungsamt abberufen.

Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8. Kommunalwahl 2021; Anzahl und Abgrenzung der Gemeindewahlbereiche **20-14713**

Beschluss:

Das Wahlgebiet der Stadt Braunschweig wird zur Wahl des Rates in 8 Wahlbereiche eingeteilt. Dabei werden folgende Stadtbezirke zu Gemeindewahlbereichen zusammengefasst:

Stadtbezirks-Nr.	Stadtbezirks-Nr.	Gemeindewahlbereich
------------------	------------------	---------------------

(neu ab 1.11.2021)	(alt bis 31.10.2021)	
111, 112	112, 113, 114	11-Nordost
120	120	12-Östlicher Ring
130	131, 132	13-Innenstadt/Südlicher Ring
211, 212	211, 212, 213	21-Südost
221, 222	221, 222, 223, 224	22-Südwest
310	310	31-Westlicher Ring
321, 322	321, 322, 323	32-Nordwest
330	331, 332	33-Nördlicher Ring

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

9. Erste Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Feuerwehr Braunschweig 20-13879

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Erste Satzung zur Änderung der Satzung über den Ersatz von Verdienstausfall, Auslagen und Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige der Feuerwehr Braunschweig sowie Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr (Entschädigungssatzung der Feuerwehr Braunschweig) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 20-14645

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11. Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG 20-14764

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12. Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG 20-14808

12.1. Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG 20-14808-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die Ergänzung 20-14808-01 hin und stellt diese gemeinsam mit der Vorlage 20-14808 zur Abstimmung.

Beschluss zu Vorlagen 20-14808 und 20-14808-01:

Den in den Vorlagen aufgeführten überplanmäßigen Auszahlungen bzw. Verpflichtungser-

mächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt."

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

26.1. Geplantes Corona-Impfzentrum in Braunschweig **20-14939**
Anfrage der SPD-Fraktion

26.1.1. Geplantes Corona-Impfzentrum in Braunschweig **20-14939-01**
Stellungnahme der Verwaltung

13. Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außer- **20-14905**
planmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

13.1. Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außer- **20-14905-01**
planmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Die Anfrage 20-14939 unter TOP 26.1 wird vorgezogen und zusammen mit TOP 13 behandelt und beantwortet. Ratsfrau Schütze bringt die Anfrage ein.

Ratsfrau vom Hofe beantragt getrennte Abstimmung über die Vorlagen 20-14905 und 20-14905-01. Ratsvorsitzender Graffstedt stellt zunächst die Vorlage 20-14905 und danach die Vorlage 20-14905-01 zur Abstimmung.

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch Stadtrat Dr. Kornblum (Stellungnahme 20-14939-01). Die Stellungnahme 20-14939-01 wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss zu Vorlage 20-14905:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen beschlossen

Beschluss zu Vorlage 20-14905-01:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 14. Haushaltsoptimierung: Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten** **20-14373**
Beendigung des Pilotprojekts zur Erprobung der Verringerung bzw. Abschaffung der Schließzeiten (Ds. 17-05824)
- 14.1. Haushaltsoptimierung: Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten** **20-14373-01**
Beendigung des Pilotprojekts zur Erprobung der Verringerung bzw. Abschaffung der Schließzeiten (Ds. 17-05824)
Änderungsantrag zur Vorlage 20-14373
Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 20-14373 der Änderungsantrag 20-14373-01 vorliegt. Der Änderungsantrag wird von Ratsfrau Keller eingebracht und begründet. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag abstimmen. Danach stellt er die Vorlage in der durch den Änderungsantrag geänderten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 20-14373-01:

1. unverändert
2. unverändert
3. Nach Beendigung des Pilotprojektes erfolgt zeitnah eine Evaluation, deren Ergebnisse den Gremien vorzustellen sind. In dieser Evaluation sind auch die Erfahrungen und Bewertungen von Erziehern und Eltern in der Projektphase abzufragen und welche Auswirkungen die Beendigung auf diese Personengruppen hat.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

Beschluss zu Vorlage 20-14373 (ergänzt um Änderungsantrag 20-14373-01):

1. Das Pilotprojekt zur Verringerung bzw. Abschaffung der Schließzeiten in den Sommerferien in Kindertagesstätten wird nach den Sommerferien 2021 vorzeitig beendet.
2. Das Gesamtbudget für die Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung wird in Höhe der dadurch entstehenden Einsparung um rd. 100.000 Euro in der Haushaltsplanung 2021 reduziert. Ab Haushalt 2022 werden die Gesamtmittel für dieses Pilotprojekt in Höhe von 180.000 Euro eingespart.
3. Nach Beendigung des Pilotprojektes erfolgt zeitnah eine Evaluation, deren Ergebnisse den Gremien vorzustellen sind. In dieser Evaluation sind auch die Erfahrungen und Bewertungen von Erziehern und Eltern in der Projektphase abzufragen und welche Auswirkungen die Beendigung auf diese Personengruppen hat.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen beschlossen

- 15. Haushaltsoptimierung: Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten** **20-14374**
Beendigung des Pilotprojekts zur Erprobung der Ausweitung der Öffnungszeiten (Ds. 17-05824)

Beschluss:

1. Das Pilotprojekt zur Ausweitung der Öffnungszeiten wird zum 31.12.2020 vorzeitig beendet.
2. Das Gesamtbudget für die Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung wird in Höhe der dadurch entstehenden Einsparung von rd. 290.000 Euro in der Haushaltsplanung 2021 abgesenkt.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Gegenstimmen beschlossen

16. Festsetzung von Teilnehmerentgelten für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie in den Oster-, Sommer- und Herbstferien 2021, in den Weihnachtsferien 2021/2022 sowie für die Familienfreizeit 2021

20-14612

Beschluss:

Die Teilnehmerentgelte für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie in den Oster-, Sommer- und Herbstferien 2021, in den Weihnachtsferien 2021/2022 sowie für die Familienfreizeit 2021 werden wie folgt festgesetzt:

Die Osterferienfreizeit im Schullandheim des Märkischen Kreises auf Norderney soll vom 27. März bis 3. April 2021 stattfinden:

- 300 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft in Braunschweig
- 340 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft außerhalb Braunschweigs und/oder wohnhaft in einer Einrichtung der Stationären Jugendhilfe

Die Familienfreizeit auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste soll vom 2. bis 9. Mai 2021 stattfinden:

- 206 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft in Braunschweig
 - o Kinder unter 3 Jahren 38 €
 - o Kinder von 3 bis 6 Jahren 122 €
- 246 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft außerhalb Braunschweigs und/oder wohnhaft in einer Einrichtung der Stationären Jugendhilfe
 - o Kinder unter 3 Jahren 78 €
 - o Kinder von 3 bis 6 Jahren 162 €

Die Sommerfreizeit auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste soll vom 13. bis 29. August 2021 stattfinden:

- 342 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft in Braunschweig
- 512 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft außerhalb Braunschweigs und/oder wohnhaft in einer Einrichtung der Stationären Jugendhilfe

Die Herbstfreizeit im Schulland- und Jugendheim Berlin in Braunlage/Hohegeiß soll vom 22. bis 29. Oktober 2021 stattfinden:

- 247 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft in Braunschweig
- 287 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft außerhalb Braunschweigs und/oder wohnhaft in einer Einrichtung der Stationären Jugendhilfe

Die Winterfreizeit im Schulland- und Jugendheim Berlin in Braunlage/Hohegeiß soll vom 28. Dezember 2021 bis 4. Januar 2022 stattfinden:

- 259 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft in Braunschweig
- 299 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft außerhalb Braunschweigs und/oder wohnhaft in einer Einrichtung der Stationären Jugendhilfe

Bei der Kalkulation der Entgelte für die Freizeiten von Ferien außerhalb Braunschweigs (FaBS) finden folgende Berechnungsdetails Anwendung:

- Die Gewährung eines Zuschusses von 5,00 € pro Person pro Tag für Teilnehmende aus Braunschweig sowie dem Betreuungspersonal für alle FaBS-Ferienfreizeiten (Oster-, Familien-, Sommer, Herbst- und Winterfreizeit.
- Dieser Zuschuss wird allen nicht städtischen Trägern der Jugendhilfe bei Ferienmaß-

nahmen gewährt. Analog wird er auch bei der Ermittlung der Teilnehmerbeiträge für FaBS-Ferienfreizeiten gewährt.

- Für Teilnehmende aus Braunschweig wird für die Sommerfreizeit in Lenste exklusiv eine zusätzliche FaBS-Unterstützung von 5,00 € pro Teilnehmenden pro Tag gewährt, um für die Freizeit im Hinblick auf den besonders hohen Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten Familien ein bezahlbares Niveau zu etablieren.
- Die Ermäßigung für Inhaber des Braunschweig-Passes wird wie folgt geregelt:
 - o Für das erstgeborene Teilnehmerkind wird ein Preisnachlass pro Tag von 10,00 € vom vollen Teilnehmerentgelt gewährt.
 - o Für das zweitgeborene Kind (1. Geschwisterkind) gilt ein Preisnachlass von 50 % des Teilnehmerentgeltes des erstgeborenen Teilnehmerkindes.
 - o Alle weiteren Geschwisterkinder erhalten einen Nachlass von 100 % des Teilnehmerentgeltes
- Teilnehmende, welche außerhalb Braunschweigs wohnhaft oder in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht sind, bekommen keine Zuschüsse/Ermäßigungen wie Geschwisterermäßigung oder die FaBS-Unterstützung.
- Die Geschwisterermäßigung für die Ferienfreizeiten wird wie folgt gehandhabt:
 - o Für das erstgeborene Teilnehmerkind müssen 100 % des Teilnehmerentgeltes gezahlt werden.
 - o Für das zweitgeborene Teilnehmerkind (1. Geschwisterkind) wird ein Preisnachlass von 50 % des Teilnehmerentgeltes gewährt.
 - o Alle weiteren Geschwisterkinder erhalten einen Nachlass von 100 % des Teilnehmerentgeltes.
- Um weiterhin Betreuungspersonal zu gewinnen und zu binden, ist eine Regelung für sogenannte „Betreuerkinder“ wichtig. Diese können jeweils von einem Betreuer bzw. einer Betreuerin kostenlos mitgenommen werden. Die Kosten werden aus dem Haushaltsansatz getragen. Für die Sommerferienfreizeit wird diese Möglichkeit für bis zu 10 Betreuerkinder und für die Oster-, Herbst- und Winterfreizeit jeweils für ein Betreuerkind vorgehalten.
- Die Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Betreuungskräfte bleiben jeweils pro Tag bei 13,00 € für die Sommerferienfreizeit bzw. 8,50 € für die Oster-, Familien-, Herbst-, und Winterfreizeit.

Sofern die Freizeiten aufgrund der Corona-Pandemie nicht im geplanten Format stattfinden können, wird die Jugendförderung beauftragt - wie bereits im Jahr 2020 umgesetzt -, angepasste Formate zu entwickeln und vorzubereiten und die Freizeiten in entsprechend angepasster Form durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

17. Neue Entgelte Ferien in Braunschweig (FiBS)

20-14613

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 20-14613 abstimmen.

Beschluss:

Die im Anhang aufgeführten neuen Entgelte aufgrund der Haushaltsoptimierungsvorschläge für die städtischen FiBS-Ferienprogramme und für die Mobile Spielausleihe (MoBS) werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen beschlossen

**18. Abschluss eines Änderungsvertrages mit dem Förderverein
Deutsche Müllerschule e. V.**

20-14796

Beschluss:

Mit dem Förderverein Deutsche Müllerschule e. V. wird rückwirkend zum Schuljahr 2019/2020 (1. August 2019) ein Änderungsvertrag zum Vertrag über die Deutsche Müllerschule Braunschweig, Fachschule für Mühlenbau, Getreide- und Futtermitteltechnik, abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

19. Umsetzungskonzept Netzwerk "Zukunft Innenstadt"

20-14708

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig beschließt das von der Verwaltung erarbeitete und mit dieser Vorlage vorgelegte Umsetzungskonzept „Zukunft Innenstadt“.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

20. Erste Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)

20-14634

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 20-14634 abstimmen.

Beschluss:

„Die erste Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 21. | Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße
Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke
Satzungsbeschluss | 20-13869 |
| 21.1. | Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße
Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke
Satzungsbeschluss | 20-13869-01 |
| 21.2. | Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße
Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke
Satzungsbeschluss | 20-13869-02 |
| 21.3. | Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße
Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke
Satzungsbeschluss
Änderungsantrag zur Vorlage 20-13869-01
Änderungsantrag der CDU-Fraktion | 13869-01-01 |
| 21.4. | Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße
Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke
Satzungsbeschluss
Stellungnahme der Verwaltung | 13869-01-03 |

Ergebnis:

Die Vorlagen 20-13869, 20-13869-01 und 20-13869-02 werden bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

Der Änderungsantrag 13869-01-01 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

Die Stellungnahme 13869-01-03 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 22. | E-Bus-Konzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) | 20-14711 |
| 22.1. | Änderungsantrag zu 20-14711: E-Bus-Konzept ökologisch effizienter machen
Änderungsantrag der FDP-Fraktion | 20-14953 |
| 22.2. | Änderungsantrag zu 20-14711: E-Bus-Konzept ökologisch effizienter machen
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14953-01 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage der Änderungsantrag 20-14953 sowie die Stellungnahme 20-14953-01 vorliegen. Ratsherr Möller bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen. Er erklärt, dass die in der Stellungnahme 20-14953-01 formulierte Änderung in den Beschlussvorschlag des Änderungsantrages übernommen wird. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 20-14953 in der geänderten Fassung abstimmen. Danach stellt er die Vorlage 20-14711 mit der Ergänzung durch den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 20-14953 (geändert):

Dem Umsetzungskonzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH zur Einführung eines systemischen Elektrobusbetriebs wird zugestimmt.

Die Umsetzung wird eingeleitet, wenn Förderprogramme zur Verfügung stehen, die die Preisdifferenz zwischen Diesel- und Elektrobussen mindestens um 50 % reduzieren. Der

Aufbau von Ladeinfrastruktur für den Anteil der Gelegenheitslader wird ebenfalls unter einen Fördervorbehalt gestellt, jedoch nicht quotiert.

Die Vertretungen der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

„Das Umsetzungskonzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH zur Einführung eines systemischen Elektrobusbetriebs wird zugestimmt. Die Umsetzung wird eingeleitet, wenn Förderprogramme zur Verfügung stehen, die die Preisdifferenz zwischen Diesel- und Elektrobusse mindestens um 50 % reduzieren. Ebenso, jedoch ohne Quotierung, steht der Aufbau der Ladeinfrastruktur unter einem Fördervorbehalt.“ **Bei der gestuften, schrittweisen Umsetzung wird die wirtschaftliche Betriebsführung, die technische Realisierbarkeit, die Integration in das Stadtbahnausbaukonzept und der Kosten-Nutzen-Faktor jeder Maßnahme berücksichtigt.“**

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen beschlossen

Beschluss zu Vorlage 20-14711 (geändert):

Dem Umsetzungskonzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH zur Einführung eines systemischen Elektrobusbetriebs wird zugestimmt.

Die Umsetzung wird eingeleitet, wenn Förderprogramme zur Verfügung stehen, die die Preisdifferenz zwischen Diesel- und Elektrobusen mindestens um 50 % reduzieren. Der Aufbau von Ladeinfrastruktur für den Anteil der Gelegenheitslader wird ebenfalls unter einen Fördervorbehalt gestellt, jedoch nicht quotiert.

Die Vertretungen der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

„Das Umsetzungskonzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH zur Einführung eines systemischen Elektrobusbetriebs wird zugestimmt. Die Umsetzung wird eingeleitet, wenn Förderprogramme zur Verfügung stehen, die die Preisdifferenz zwischen Diesel- und Elektrobusse mindestens um 50 % reduzieren. Ebenso, jedoch ohne Quotierung, steht der Aufbau der Ladeinfrastruktur unter einem Fördervorbehalt. **Bei der gestuften, schrittweisen Umsetzung wird die wirtschaftliche Betriebsführung, die technische Realisierbarkeit, die Integration in das Stadtbahnausbaukonzept und der Kosten-Nutzen-Faktor jeder Maßnahme berücksichtigt.“**

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-14953-01 wird zur Kenntnis genommen.

23. Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Festlegung der Ölschieferlagerstätten im Großraum Braunschweig als Vorranggebiete Rohstoffsicherung **20-14845**

23.1. Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Festlegung der Ölschieferlagerstätten im Großraum Braunschweig als Vorranggebiete Rohstoffsicherung Mitteilung der Verwaltung **20-14845-01**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die Mitteilung 20-14845-01 hin und stellt anschließend die Vorlage 20-14845 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Festlegung der Ölschieferlagerstätten im Großraum Braunschweig als Vorranggebiete Rohstoffsicherung im Rahmen der Änderung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) (siehe Anlage 1) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei fünf Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Mitteilung 20-14845-01 wird zur Kenntnis genommen.

24. Verordnung über das Naturschutzgebiet "Mehlkamp und Heinenkamp" in der Stadt Braunschweig (NSG BR 164) 20-14671

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Verordnung über das Naturschutzgebiet „Mehlkamp und Heinenkamp“ in der Stadt Braunschweig (NSG BR 164) wird mit den als Anlage 2 bis 4 beigefügten Kartenanlagen in der anliegenden Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

**25. Anträge - Fortsetzung
weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 der Geschäftsordnung**

**25.1. BuT-Leistungen leichter zugänglich machen 20-14666
Antrag der Fraktion Die Linke.**

**25.1.1. Änderungsantrag zum Antrag 20-14666: BuT Leistungen leichter zugänglich machen 20-14869
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**25.1.2. Änderungsantrag zu den Anträgen "BuT-Leistungen leichter zugänglich machen" 20-14666 und 20-14869 20-14954
Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.**

**25.1.3. BuT-Leistungen leichter zugänglich machen 20-14666-01
Stellungnahme der Verwaltung**

**25.1.4. BuT-Leistungen leichter zugänglich machen 20-14666-02
Stellungnahme der Verwaltung**

**25.1.5. Änderungsantrag zum Antrag 20-14666: BuT Leistungen leichter zugänglich machen 20-14869-01
Stellungnahme der Verwaltung**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-14666 die Änderungsanträge 20-14869 und 20-14954 sowie die Stellungnahmen 20-14666-01, 20-14666-02 und 20-14869-01 vorliegen. Er erklärt weiter, dass der gemeinsame Änderungsantrag 20-14954 die zuvor eingereichten Anträge ersetzt. Ratsfrau Ohnesorge und Ratsfrau Dr. Flake begründen den gemeinsamen Änderungsantrag. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 20-14954 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 20-14954:

1. Die Verwaltung wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Inanspruchnahme und Zugänglichkeit zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes sowohl im Bereich der Zuständigkeit der Stadtverwaltung (Bezug von Wohngeld oder Kinderzuschlag) als auch beim Jobcenter erhöht wird.

Dazu sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen und z.B. die Einführung eines Kartensystems

für alle BuT-Leistungen zu prüfen. Die Verwaltung wird dem Jugendhilfeausschuss und dem AfSG über die Gespräche und die Entwicklung quartalsweise berichten und zur Mitte des Jahres 2021 einen Bericht vorlegen.

Der Antrag der Fraktion Die Linke(20-14666) und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (20-14869) werden bis dahin zurückgestellt und vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Berichtes noch vor der Sommerpause 2021 abschließend beraten.

2. Mit den Trägern der Mittagessenversorgung an Schulen und Betreuungseinrichtungen sollen Gespräche geführt werden, ob im Fall eines weiteren Teil-Lockdowns an Kitas und Schulen Wochen-Lunchpakete mit Lebensmitteln wie in Wolfsburg ausgegeben werden können. Falls es keine stadtweite Lösung für alle Einrichtungen geben kann, sollen zumindest Einzellösungen für einzelne Einrichtungen gesucht werden.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-14666-01 wird zur Kenntnis genommen.

Die Stellungnahme 20-14666-02 wird zur Kenntnis genommen.

Die Stellungnahme 20-14869-01 wird zur Kenntnis genommen.

25.2. Erstes Pilotprojekt Veloroute Ost-West: Von Orient zu Oxident 20-14848
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²

25.2.1. Erstes Pilotprojekt Veloroute Ost-West: Von Orient zu Oxident 20-14848-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Der Antrag 20-14848 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt. Die Beratung entfällt.

Die Stellungnahme wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt. Die Beratung entfällt.

26. Anfragen

26.2. Leerstand von Wohnraum - Alles nur Einzelfälle? 20-14933
Anfrage der Fraktion Die Linke.

26.2.1. Leerstand von Wohnraum - Alles nur Einzelfälle? 20-14933-01
Stellungnahme der Verwaltung

Auf Nachfrage von Ratsvorsitzenden Graffstedt erklärt sich der Fragesteller mit einer schriftlichen Beantwortung der Anfrage 20-14933 einverstanden.

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 20-14933-01).

Die Stellungnahme 20-14933-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

26.3. Baulasten der Stadt zu Gunsten der Ansiedlung eines Spielcasinos / Entertainment-Centers an der Berliner Straße 20-14938
Anfrage der BIBS-Fraktion

26.3.1. Baulasten der Stadt zu Gunsten der Ansiedlung eines Spielcasinos / 20-14938-01
Entertainment-Centers an der Berliner Straße
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 20-14938-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

Die Stellungnahme 20-14938-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 26.4. Dringlichkeitsanfrage: Erneuter AfD Landesparteitag in Braunschweig** **20-14957**
Warum wird für riesigen Infektionsherd kein behördliches Hygienekonzept erlassen?
Dringlichkeitsanfrage der Fraktion Die Linke.
- 26.4.1.Dringlichkeitsanfrage: Erneuter AfD Landesparteitag in Braunschweig** **20-14957-01**
Warum wird für riesigen Infektionsherd kein behördliches Hygienekonzept erlassen?
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Dr. Kornblum (Stellungnahme 20-14957-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

Die Stellungnahme 20-14957-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nichtöffentliche Teil entfällt, da keine nichtöffentlichen Mitteilungen und Beschlusspunkte vorliegen. Er schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin